

Anlage 1**Antrag auf Gewährung einer Zuwendung
zur Förderung der Freizeitfischerei in Rheinland-Pfalz**

**An
Struktur- und
Genehmigungsdirektion
Nord/Süd
- Obere Fischereibehörde -**

Antragstellerin/Antragsteller

Name:

Anschrift :

IBAN:

BIC:

Geldinstitut:

Kontoinhaber:

Bei Vereinen

Zahl der Mitglieder:

Vorhaben, für das eine Förderung beantragt wird:

Angaben über Eigentums- oder Pachtverhältnisse (Verpächter, Dauer der Pacht etc.):

Wasserrechtliche Zulassung - falls erforderlich - wurde erteilt

am:

von:

(Wasserbehörde)

Az:

Die Gesamtkosten belaufen sich auf

EUR

(Kostenvoranschlag ist beigelegt)

Finanzierungsplan (ggf. Beiblatt verwenden):

Die Mittel sollen wie folgt aufgebracht werden:

Eigenmittel	
Darlehen	
Zuwendungen Dritter	
Andere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln (auch beantragt)	
Eigenleistungen	
Beantragte Zuwendung	
<u>Summe</u>	

Erklärung der Antragstellerin / des Antragstellers:

1. Der Antragstellerin / Dem Antragsteller ist bekannt, dass
 - a) ein Rechtsanspruch auf die Gewährung einer Zuwendung nicht besteht,
 - b) alle Angaben, die zur Erlangung der Zuwendung gemacht werden, subventionserhebliche Tatsachen im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind.
2. Für den Fall der Gewährung einer Zuwendung erkennt die Antragstellerin / der Antragsteller die Bestimmungen der Verwaltungsvorschrift "Fördergrundsätze Freizeitsportfischerei" vom 14. Dezember 2015 (MinBl. 2016 S. 72) an.
3. Die Antragstellerin / Der Antragsteller verpflichtet sich, die Zuwendungen entsprechend den Fördergrundsätzen Freizeitsportfischerei zu verwenden und das geförderte Objekt zu erhalten und zu pflegen.
4. Der Antragstellerin / Dem Antragsteller ist bekannt, dass die Zuwendung - zuzüglich Zinsen - zurückgefordert wird, falls die mit dem Erhalt der Zuwendungen eingegangenen Verpflichtungen nicht erfüllt werden.
5. Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass das Vorhaben ohne eine Zuwendung nicht bzw. nicht vollständig ausgeführt werden kann.
6. Für den Fall einer Zuwendungsgewährung verpflichtet sich die Antragstellerin / der Antragsteller, den mit der Prüfung beauftragten Stellen einschließlich des Rechnungshofes Rheinland-Pfalz alle für die Prüfung erforderlichen Unterlagen, die zehn Jahre lang aufzubewahren sind, vorzulegen und eine Prüfung an Ort und Stelle zu ermöglichen.
7. Die Antragstellerin / Der Antragsteller erklärt, dass sie / er für dieses Projekt vorsteuerabzugsberechtigt*/ nicht vorsteuerabzugsberechtigt* ist.

, den

* Nichtzutreffendes streichen

(Unterschrift der Antragstellerin / des Antragstellers)